Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 81 (1987)
Heft: 2

Artikel: Die Kirchenwächter : Aktion "Kirche wohin?" und andere Linienrichter
Autor: Frischknecht, Jürg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143318

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jürg Frischknecht

Die Kirchenwächter

Aktion «Kirche wohin?» und andere Linienrichter

Sie sind eine Minderheit, die Kirchenpolizisten von rechts. Aber sie wissen, dass sich aggressives Auftreten auszahlen kann. Die Aufpasser-Lobbys, die vorwiegend im politischen Milieu verankert sind, agitieren zunehmend schriller und inquisitorischer gegen ein Christentum, das sich nicht um die gesellschaftspolitische Verantwortung drückt und auch im Diesseits Farbe bekennt – zu Südafrika oder Zentralamerika, im «Wort zum Sonntag» oder in den Agenden der kirchlichen Hilfswerke «Fastenopfer» und «Brot für Brüder». Doch die Macht der Inquisition geht diesen Zirkeln glücklicherweise ab, und das argumentative Gepäck ist dermassen leicht, dass die Linienrichter immer mehr auf die Macht des Geldes setzen. Die da und dort praktizierten finanziellen Strafaktionen gegen Boldern haben diese Strategie deutlich gemacht. Seit einem guten Jahr versuchen «Kirche wohin?», die Zeitschrift «Abendland» und eine Gruppe um den ehemaligen St. Galler Pneuhändler Hans Egger die offiziellen Hilfswerke mit Konkurrenzsammlungen unter Druck zu setzen. Am Finanzhahn drehen wollen auch Gruppierungen wie die «Bürgeraktion», die Kirchenaustritte propagiert und die kirchliche Steuerpflicht juristischer Personen in Frage stellt. Ein «Markenzeichen» dieser Kritik von rechts ist es, dass sie fast ausschliesslich von aussen und ohne direkte, persönliche Auseinandersetzung erfolgt.

Flaggschiff Aktion «Kirche wohin?»

«Hoferclub der Kirche» haben wir vor drei Jahren in den «Unheimlichen Patrioten» das Kapitel über die 1980 gegründete Aktion «Kirche wohin?» (im folgenden als AKw abgekürzt) genannt. «Freiheit und Verantwortung in der Kirchenpolitik» lautet ihr vielsagender Untertitel. Die Kirche soll sich um das Seelenheil der Leute kümmern und sich nicht in die Politik einmischen, heisst die AKw-Devise. In den Worten ihrer Grundsatzerkärung:

– «Die durch die Kirchen und ihre Hilfswerke verbreitete Information soll nicht ideologisch oder parteipolitisch geprägt sein.»

– «Die Aktion wehrt sich dagegen, dass das den Kirchen entgegengebrachte Vertrauen missbraucht wird, indem kirchliche Instanzen in parteipolitischen Auseinandersetzungen einseitig Stellung beziehen und kirchliche Medien als Meinungsträger dazu benutzen.»

In der praktischen Arbeit geht es der AKw vor allem darum, das gesellschaftspolitische Engagement der Kirchen wenigstens zu neutralisieren. Neben Tagungen arbeitet die Aktion in erster Linie mit einem regelmässig erscheinenden «Mitgliederbrief», der mittlerweile an 8500 Adressen verschickt wird. Mit fünf Franken ist der Mitgliederbeitrag bewusst tief angesetzt. Dank zahlreicher Aufrundungen kann das Jahresbudget von 180'000 Franken ohne weiteres gedeckt werden. Administriert wird die AKw von Ulrich Schlüer in Flaach. Der Historiker Schlüer hat sich vom eher schüchtern auftretenden Splittergruppen-Sekretär (der Republikanischen Bewegung) zum forschen Polit-Funktionär mit SVP-Parteibuch gemausert. Zusam-

men mit einer Handvoll Angestellten betreut er in Flaach neben der AKw auch die «Arbeitsgruppe südliches Afrika» (asa), die vom Parteifreund Christoph Blocher präsidiert wird. In der Öffentlichkeit ist Schlüer vor allem als Redaktor der «Schweizerzeit» bekannt, ein Gesinnungsblatt mit deutlicher CSU-Sympathie, das vorwiegend mit Nachdrucken die Glaubensstützung im rechtsbürgerlichen Lager betreibt. Zudem führt Schlüer einen politischen Buchversand.

Nach wie vor gilt, dass die AKw weniger in der Kirche als in den Polit-Milieus der unheimlichen Patrioten verankert ist, auch wenn inzwischen zwei Pfarrherren zum Zentralvorstand gestossen sind. Präsident ist Fürsprecher Markus Herzig aus Zuzwil, Sekretär beim Unternehmerverband «Centre patronal» in Bern. Herzig politisierte nach dem Ungarnaufstand in der Aktion «Niemals vergessen», die Ende 1956 an 15'000 Schweizer «einen unserer Molotow-Cocktail-Zünder mit Gebrauchsanleitung» verteilte. Später half Herzig in der «Aargauischen Vaterländischen Vereinigung» erfolgreich mit, den sowjetischen Kommunismus von der Schweiz abzuwenden. Seit seinem Wegzug nach Bern engagiert er sich vor allem als AKw-Präsident gegen die «sozialistische Ideologie», der er in der hiesigen Kirche auf Schritt und Tritt begegnet. Vor Jahren wäre er auch gerne Präsident des Hoferclubs geworden, doch galt er selbst diesen Medienpolizisten zu sehr als Scharfmacher.

Im Ausschuss sitzen weiter als Vizepräsidentin Sonja Daeniker aus Zollikon, der Berner Professor Hans Georg Bandi, Pfarrer Felix Flückiger aus Affoltern im Emmental, der bürgerliche Entwicklungsexperte Toni Hagen (Lenzerheide), der Berner Medizinprofessor Hans Koblet (Präsident der bernischen Offiziersgesellschaft), der inzwischen in die Pension geschickte Berner Soziologieprofessor Walter Rüegg, die Hausfrau Marianne Walker aus Erlenbach und der SAD-Präsident Kurt Werner (Schwerzenbach), der bei den Nationalratswahlen 1983 auf einer ominösen, mit der SVP verbundenen Liste «Energie und Umwelt» für den Nationalrat kandidierte (zusammen mit dem Todesstrafe-Befürworter Alfred Schütz und dem rechtsradikalen Aktivisten Arthur Vogt).

Unter den Neuzugängen im Zentralvorstand fallen unter anderen auf: der Nidwaldner Regierungsrat Hugo Waser, der Luzerner Seminardirektor Hermann Suter (als liberaler Grossrat einer der ideologischen Wächter gegenüber der POCH), der Davoser Pfarrer Jakob Gehring und die Rechtsanwältin Christine Höchner (Mitarbeiterin beim Redressement National und Vorkämpferin gegen das neue Eherecht). Einem Patronatskomitee hat ein Grossteil der nationalrätlichen SVP- und FDP-Fraktion den Namen geliehen.

Eine gewisse Breitenwirkung erzielt die AKw mit den Mitgliederbriefen, die ausdrücklich auch als Vorlage für Leserbriefe gedacht sind. Die Sichtung von Leserbriefen gegen die Hilfswerk-Agenden «Frieden wagen» sowie «Geld und Geist» im Rahmen einer Fribourger Lizentiatsarbeit kam denn auch zu folgendem Ergebnis: «Von den 71 negativen Kritiken stammen 43, wahrscheinlich 48, also mehr als die Hälfte, von Mitgliedern der Aktion «Kirche wohin?». «Besonderes Echo hatten wir 1986 mit dem Thema Hilfswerk-Agenda, mit entwicklungspolitischen Beiträgen von Toni Hagen und mit Boldern», resümiert AKw-Geschäftsleiter Schlüer das vorige Jahr. «Im Falle von Boldern sprengte das Echo alles bisher Dagewesene und schloss auch die Beratung von Leuten ein, die etwas in ihrer Kirchgemeindeversammlung unternehmen wollten.» Ein Mitgliederbrief, der versuchte, die Südafrika-Stellungnahme von «Justitia et Pax» zu widerlegen, wurde zudem an 80'000 Verwaltungsräte verschickt.

Neben den Briefen erhalten die AKw-Mitglieder auch regelmässig Kurzmittei-

lungen (die mit dem Kürzel KWP gelegentlich auch als Zeitungsartikel auftauchen) und Broschüren, sowohl eigene wie solche von befreundeten Organisationen, beispielsweise Max Kellers Schrift «Das Geschäft mit dem Hunger, Entwicklungspolitische Aufklärungsarbeit als Agitation», erschienen im Schweizerischen Ost-Institut. Keller versuchte, eine von HEKS und «Brot für Brüder» verbreitete Dia-Serie zu analysieren, kam indessen nicht über seine wenig erhellenden Vorurteile hinaus: «Die Tonbildschau erweist den neomarxistischen Feindbildern ‚Multis', ‚Wirtschaft', ‚Südafrika' und ‚Werbung' unverhohlen Referenz.» In der AKw-eigenen Schriftenreihe erschien eine Broschüre von Eugen Poesdeeff, Berater des Instituts «Glaube in der 2. Welt», zum eher akademischen Thema «Die Religionsgesetzgebung in der Sowjetunion». Im Jahresbericht 1985 hatte AKw-Präsident Herzig mit Befriedigung die «Verbindung mit dem Institut Glaube in der 2. Welt» registriert.

1986 engagierte sich die AKw auch auf seiten der antisandinistischen Contra. Als «Gegengewicht zur Nicaragua-Desinformation durch die veröffentlichte Medien-Meinung» war eine Tagung in Schönbühl bei Bern gedacht, die nachzuweisen versuchte, dass die «Sandinisten eine kommunistische Diktatur errichten», wie das «Aargauer Tagblatt» meldete. Und: «Es ist ein System des linken Faschismus, wie er 70 Jahre in der UdSSR und 27 Jahre in Kuba angewendet wurde.» Verschiedene AKw-Exponenten tauchten 1986 auch als Aushängeschilder der glücklos operierenden «Vereinigung Demokratisches Nicaragua» (VDN) auf, die vom Textilunternehmer Alexander Eugster präsidiert wird und als Kassier den Nicaraguaner Jaime Pasquier verpflichtet hat, der von Genf aus mit CIA-Geldern in ganz Europa politische Stützpunkte der Contra aufzubauen versuchte. Offenbar hat Eugster die AKw-Namen Geneviève Aubry, Hans Georg Bandi, Sonja Daeniker und Markus Herzig vorschnell verwendet, sind sie doch aus neueren VDN-Publikationen wieder verschwunden. «Eine Distanzierung von der VDN bedeutet dies jedoch nicht», versichert Schlüer.

Konkurrenzsammlungen

Seit Ende 1985 ruft die AKw zu eigenen Geldsammlungen auf, die offiziell nicht als Alternative zu den Sammlungen von «Brot für Brüder», «Fastenopfer» usw. deklariert werden, aber exakt das sind. «Immer mehr Leute, die regelmässig Geld spenden wollen, forderten uns auf, Alternativen zu den umstrittenen offiziellen Hilfswerken anzubieten», rechtfertigt Schlüer die Politik. Für ein Technikum im südafrikanischen Frontstaat Bophuthatswana kamen gut 50'000 Franken zusammen – «ein allerdings wohl nicht absolut unpolitisches Vorhaben», wie die NZZ in Anspielung auf einen AKw-Grundsatz sec bemerkte. Denn dieser Grundsatz behauptet: «Die Aktion setzt sich dafür ein, dass die kirchliche Entwicklungshilfe den wirklich Notleidenden zugute kommt und rein humanitäre Werke unterstützt.» Seit dem Frühjahr 1986 ruft die AKw zu Spenden für den afghanischen Widerstand auf. Die 203'000 Franken, die 1986 zusammenkamen, flossen weitgehend in die gleichen Projekte, die vom Afghanistan-Fonds des Ost-Instituts unterstützt werden. Laut Schlüer wird der gesamte administrative Aufwand dieser Sammelkampagne, die auch 1987 fortgeführt wird, aus dem ordentlichen AKw-Budget finanziert.

Eine Konkurrenzsammlung haben 1986 auch Herbert Meier und Stefan Treier von der Zeitung «Abendland» organisiert – «als Gegensteuer zum Fastenopfer». Zu zwei Dritteln wurde das Geld für Projekte in Afghanistan, Bangla Desh und im Calancatal eingesetzt, zu einem Drittel «für pastorale Aufgaben und Information, insbesondere zur Auswei-

tung dieser Sammelaktion». 10'000 Spendenfranken wurden für den Druck einer «Abendland»-Sondernummer mit 100'000 Auflage eingesetzt, die nicht nur die Spendenaktion propagierte, sondern auch die Zeitung «Abendland» und die Rechtsaussen-Gruppe «Junge Europäische Schüler- und Studentenorganisation» (JES). Dass öffentliche Sammlungen in den meisten Kantonen einer Bewilligung bedürfen, ist Meier «nicht bekannt». Der Erfolg dieser Sammlung hielt sich in Grenzen. Ein erster Aufruf im «Abendland» brachte 54'000 Franken. Die 100'000 Extra-Exemplare des «Abendlandes» vermochten das Ergebnis nur noch auf rund 120'000 Franken zu steigern. Dieses magere Ergebnis dürfte mit ein Grund sein, dass «Abendland» dieses Jahr auf eine Konkurrenzsammlung verzichtet. Zu diesem Entschluss beigetragen hat auch eine Aussprache mit Verantwortlichen des «Fastenopfers» und von «Brot für Brüder», die letztes Jahr stattfand (wie auch mit dem AKw-Ausschuss und einer JES-Delegation).

Weitermachen will demgegenüber der heute 77jährige ehemalige St. Galler Pneuhändler Hans Egger, der seit Jahren gegen das gesellschaftspolitische Engagement von «Justitia et Pax» ankämpft, das aus «Fastenopfer»-Geldern mitunterstützt wird. «Wenn schon soll sich Justitia et Pax im Ausland engagieren, in Ländern, wo es Folterungen gibt, religiöse Verfolgungen und Korruption, aber nicht hier in der Schweiz, die ein wohlgeordneter Rechtsstaat ist», fordert Egger. Letztes Jahr lancierte Egger mit vier Freunden eine Inseratenaktion in verschiedenen Zeitungen (Kostenpunkt: 25'000 Franken), die unter der Schlagzeile «Fastenopfer ja – aber so nicht!» drei karitative Hilfswerke empfahl. Weil kein Einzahlungsschein beilag, blieb der Erfolg auch nach Eggers Einschätzung gering. Deshalb plant er für die Fastenzeit 1987 eine Drucksache samt Einzahlungsschein, die in 50'000 Haushaltungen in katholischen Kantonen verteilt werden soll. Er rechnet völlig unrealistisch mit 500'000 Spendenfranken, von denen er 50'000 für die Finanzierung der Drucksachen abzweigen möchte. Eine Bewilligung für diese Sammlung hat auch Egger nicht, der mit einem namentlich zeichnenden Komitee antreten will.

Entzug von Steuergeldern

Die Tendenz, den Druck auf das gesellschaftspolitische Engagement der Kirchen nicht via ideelle Auseinandersetzungen, sondern mittels Zudrehen des Finanzhahns zu erreichen, ist auch in der Steuerpolitik zu erkennen. Entsprechende Vorstösse von Mitgliedern wurden an der AKw-Jahresversammlung 1986 zwar vom Vorstandstisch als zur Zeit nicht opportun bezeichnet, doch könnte sich nach Herzig «der Griff zum Finanzhahn» je nach Entwicklung doch aufdrängen. Immerhin hat die Aktion aus den Reihen ihrer Mitglieder eine Arbeitsgruppe von Juristen gebildet, welche die Frage der kirchlichen Steuerpflicht von Firmen für die ganze Deutschschweiz prüfen soll.

An diesem Punkt setzt auch Michael Dreher an, dessen «Bürgeraktion für weniger Staat» bei Gelegenheit offen den Kirchenaustritt empfiehlt. Dreher bestreitet die Steuerpflicht für juristische Personen, befindet sich damit allerdings in einer klaren Minderheitenposition.

Mit der Politik des Kirchenaustritts liebäugelt ebenfalls die reaktionär-demagogische «Aktion Freiheit und Verantwortung», ein endlos pubertierendes Kind des verstorbenen Rudolf Farner. In einem Zeitungsinserat mit den Schlagzeilen «Asylanten: Kirche gegen Staat?» und «Gegen die Einmischung der Kirche in die Politik» steht der vielsagende Satz: «Während einige noch zögern, ziehen andere die Konsequenzen: sie kehren der Kirche den Rücken.» Wo diese Aktion der Schuh am meisten drückt, wird im letzten Satz des im Februar 1986 plazierten Inserates deutlich: «Bekämpft werden muss insbesondere die wirt-

schaftsfeindliche Haltung der Kirche. Diese ist umso unverständlicher, als die Wirtschaft gezwungen ist, mittels Steuern die Kirche und deren Aktivitäten mitzufinanzieren.» Das ist wenigstens eine offene Argumentation.

Gegen diese angeblich «wirtschaftsfeindliche Haltung der Kirche» ist auch die Interkonfessionelle Informationsstelle «Glaube und Wirtschaft» in Fribourg gerichtet. Diese wird von einem «Verein Glaube und Wirtschaft» getragen und von der «Stiftung Christlicher Glaube und Gesellschaft» unterstützt. Neben einem Informationsbrief hat Walter Buchs, der Leiter der Informationsstelle, bisher vor allem eine didaktisch aufgezogene Broschüre «Dritte Welt und wir» produziert, die im Sommer 1985 gratis allen reformierten und katholischen Pfarrämtern und Kirchgemeinden sowie den Stellen für kirchliche Erwachsenenbildung und Jugendarbeit, den Tagungszentren usw. zugestellt wurde, was bedeutende finanzielle Mittel voraussetzt. In einer detaillierten Stellungnahme warf das Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes der Buchs-Broschüre vor, sie vermittle «Information reduktionistisch – d.h. unter Weglassung wesentlicher Informationsgehalte –, unter einem ideologisch bestimmten Vorurteilsraster, selektiv». Eine sachliche Darstellung der Entwicklungsproblematik gehe der Schrift ab, urteilt der Kritiker Hans-Balz Peter: «Argumentationsmuster und Duktus der Dokumentation erinnern häufig an Produkte aus US-neokonservativen, der ‚moral majority' nahestehenden Kreisen und Instituten.»

Wider den Weltkirchenrat . . .

Ein Angriffspunkt der Kreise, die christlichen Glauben und politisches Handeln möglichst getrennt sehen möchten, ist nach wie vor der Weltkirchenrat. In der Tradition der Broschüren, wie sie etwa in den 70er Jahren von Jürg Meister («Vom Weltkirchenrat und seinem Blutgeld») verfasst wurden, steht die 45seitige Schrift «Die protestantischen Kirchen im Sog des Kommunismus», die der Jurist Beat Christoph Bäschlin 1985 in seinem Eigenverlag in Tegua herausbrachte. Verglichen mit Meisters Schrift, die in Grossauflage gestreut wurde, fand Bäschlins Werk vergleichsweise wenig Beachtung. Bäschlin war bis zu seiner Pensionierung im Herbst 1983 wissenschaftlicher Adjunkt in der EVED-Sektion für Wasserrecht. Jahrelang hatte er unter dem Pseudonym «Dr. bei Philippi» in James Schwarzenbachs «Republikaner» und später in «Volk+Heimat» Leitartikel verfasst. Heute erscheinen im NA-Organ und in der deutschnationalen Monatszeitschrift «Nation Europa», einem Sprachrohr von Alt- und Neonazis, regelmässig Bäschlin-Artikel, vorwiegend zur Politik von Le Pen in Frankreich, den Bäschlin offensichtlich bewundert.

In den falschen Hals kam der hiesigen Südafrika-Lobby auch der Gebetsaufruf des Weltkirchenrates zum Soweto-Tag vom 16. Juni des letzten Jahres («Verdamme und bestrafe sie, o Gott! Lass ihnen ihre eigenen Fallstricke zum Verhängnis werden und entferne sie aus unserem Blickfeld!»). Der Unternehmensberater Dr. rer. pol. Gerd J. Weisensee aus Worb/Bern lancierte zusammen mit dem Ingenieur Werner Wittwer aus Echandens (Lausanne) einen Protest-Aufruf an den Ökumenischen Rat der Kirchen sowie an den Reformierten und den Lutherischen Weltbund. Neben Kirchenleuten unterzeichneten auch «Schweizerzeit»-Redaktor Schlüer und SVP-Nationalrat Hansueli Graf aus Bülach: «Der Weltkirchenrat trägt sein Name (sic!) zu Unrecht; er ist längst ein ganz miserables politisches Instrument der Linken geworden.»

. . . und das «Wort zum Sonntag»

Ein Stachel im Fleisch der Kirchenwächter ist weiterhin auch das «Wort zum Sonntag», das am Samstagabend über Fernsehen DRS zu hören ist. «Beim

Fernsehen sind offenbar theologische Agitatoren mehr gefragt als besinnliche Prediger, proletarische Sprüche mehr als prophetische Worte», rüffelte der «Trumpf Buur» letztes Jahr: «Regelmässig am Samstag machen sie ihren Auftritt am Fernsehen: Salopp gekleidet, in lässiger Haltung und anbiederndem Predigerton, um dann um so unvermuteter mit der theologischen Mistgabel auf ein wohlgesittetes Publikum losdreschen zu können.» (Ein schönes Beispiel für den Stil der «Trumpf-Buur»-Inserate.) Und die AKw hatte gleich auf Vorrat den künftigen «Wort-zum-Sonntag»-Sprecher Paul Rutishauser angeschossen, weil er die Anti-Apartheid-Bewegung in der Schweiz präsidiert. Die Angriffe blieben indessen weitgehend ohne Wirkung, und die kirchlichen Medienkommissionen verteidigten den Freiraum der Sendung. «Falls sich aus Aktualitätsgründen ein Bezug zu Südafrika aufdrängt, soll sich kein/e ‚Wort-zum-Sonntag'-Sprecher/in durch Pressionen von ‚Kirche wohin?' davon abhalten lassen», lautete der Tenor. Man wolle sich von der AKw «weder einschüchtern noch zu Trotzreaktionen herausfordern lassen».

ASILE – ASYL – ASILO

5. April: **NEIN** zur Revision des Asylgesetzes

NIE **WIEDER!**

Das Bild erschien 1942 im Nebelspalter. Aus dem gebückten Gang der gefesselten Flüchtlinge wird klar, dass die Ausschaffung aus der Schweiz zugleich Verurteilung bedeutete. Heute wissen wir, dass jenseits des Grenzwaldes der Tod auf sie wartete. Ob die beiden Soldaten hinten rechts und links das Grauen packt ob ihrem Tun? Ist ihr Schritt deshalb unmilitärisch wackelig?

Am 5. April wird das Schweizervolk über die **Revision des Asylgesetzes** abstimmen. Die geplanten Änderungen sind unvereinbar mit unseren besten Traditionen, unvereinbar mit dem internationalen Recht und unserem Gewissen.

Die Befürworter dieser Verriegelung der Grenzen und des steinernen Egoismus verfügen über viel Macht und Geld – wir nicht! Wir müssen den Kampf um das Herz und die Seele des Schweizervolkes für die Flüchtlinge gewinnen.

Frauen und Männer aller Berufe, Schriftsteller, Grafiker, Maler, Pfarrer, Journalisten: Sendet uns Bilder oder Texte zu diesem Thema! Wir werden die besten veröffentlichen.

Zuschriften:

ASILE – ASYL – ASILO
Postfach 3418, 4002 Basel

Spenden:

ASILE – ASYL – ASILO
PC 17-6247-1 Fribourg

Verantwortlich: Cornelius Koch, Kaplan, La Plaine GE, (022) 54 11 05; Heidi und Peter Zuber, Arzt, Ostermundigen BE; Peter Walss, Pfarrer, Zürich Seebach; Madeleine Cuendet, Ärztin, Lausanne